

Dr. Björn Mensing, Dachau

„Der Rassenantisemitismus ... ist nicht bloß unterchristlich,  
sondern widerchristlich“

„Ich kann kein Braunhemd mehr sehen!“

Vor 75 Jahren starb der NS-kritische bayerische Kirchenpräsident Friedrich Veit, der 1933 zum Rücktritt gedrängt wurde.

Friedrich Veit wurde am 18. Mai 1861 als Lehrerssohn in Augsburg geboren. In seiner Geburtsstadt durchlief er das vom Neuhumanismus geprägte Gymnasium bei St. Anna. Nach dem Theologiestudium in Erlangen und Leipzig bezog der junge Theologe 1883 das Predigerseminar München, das damals nur die drei bestbenoteten Vikare jedes Examensjahrgangs aufnahm. Nach einigen Dienstjahren als Reiseprediger in Oberbayern und als Gemeindepfarrer in Oberfranken kehrte er 1892 nach München zurück, wo er 1905 zum Dekan avancierte. 1915 berief ihn der bayerische König Ludwig III. als *summus episcopus* zum Oberkonsistorialrat, 1917 schließlich zum Präsidenten des Oberkonsistoriums, zum obersten geistlichen Amtsträger der Kirchenleitung.

Friedrich Veit, der gute Kontakte zu den Wittelsbachern pflegte, kritisierte als Monarchist die Revolution von 1918 als „selbstmörderischen Wahnsinn“. Dennoch nahm er aus seinem lutherischen Staatsverständnis heraus unbefangene Verhandlungen mit der neuen Obrigkeit zur Neuordnung der Beziehungen von Kirche und Staat auf. Der von ihm 1924 ausgehandelte Staatsvertrag ist im Wesentlichen noch heute in Kraft. Auch an der Erarbeitung der neuen Kirchenverfassung war er maßgeblich beteiligt. 1920 wählte ihn die Landessynode auf Lebenszeit zum ersten Kirchenpräsidenten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Von 1922 bis 1933 war Friedrich Veit zudem als Präsident des Kirchenbundesrates, vergleichbar mit dem heutigen Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, deutschlandweit führend tätig. Aus dem Monarchisten wurde in den Zwanzigerjahren ein liberal-konservativer „Vernunftrepublikaner“, der wohl zunächst der Deutschnationalen Volkspartei und später dem Christlichen Volksdienst, einer gemäßigten evangelisch-konservativen Partei, nahestand.

Schon im Herbst 1923 hat Friedrich Veit dem Landeskirchenrat kritisch über den „überhitzten Nationalismus“ einiger Pfarrer im Umfeld des Hitlerputsches berichtet und den völkisch-antisemitischen Aktivisten Helmuth Johnsen zur Mäßigung ermahnt. Der Pfarrer war Führer des paramilitärischen „Jungdeutschen Ordens“ in Franken und Mitherausgeber und Autor der „Coburger Warte“. Es blieb nicht bei antisemitischer Hetze. Anfang November 1923 kam es zum Pogrom. Männer, die unter Johnsens Kommando standen, überfielen, beraubten und misshandelten brutal zwei jüdische Männer in Autenhausen bei Coburg. Am 28. November 1923 stellte der Kirchenpräsident ihn vor die Alternative, entweder seine völkisch-paramilitärischen Aktivitäten oder sein kirchliches Amt aufzugeben. Besonders deutlich rügte Friedrich Veit die antisemitische Hetze: „Der Rassenantisemitismus, der in der Coburger Warte in blutrünstiger Weise vertreten wird, ist nicht bloß unterchristlich, sondern widerchristlich [...], eine Versündigung an des Herrn Geist.“ Die „Predigt völkischen Hasses [ist] mit der Predigt des Evangeliums schlechthin unvereinbar“.

Auch öffentlich bezog der Kirchenpräsident Stellung. Als Mitherausgeber der „Neuen Kirchlichen Zeitschrift“ schreibt er in seiner Neujahrsbetrachtung 1924:

„Die ausschließliche Betonung der Rasse bedeutet eine Veräußerlichung und Vergröberung der Auffassung des Volkstums, schaltet aus der Geschichte der Menschheit das spezifisch Menschliche aus und drückt sie auf die Stufe des Tierreiches herab. Kein Wunder, dass sie damit auch leicht eine Ver-

rohung des Urteils und des Verhaltens verbindet, wie sie in dem überheblichen Anspruch auf ein Edelrassentum und dem lediglich auf fremde Stammesangehörigkeit sich gründenden Rassenhass zutage tritt. Die hässlichen Formen eines alles Maß übersteigenden Antisemitismus, der manchen Kreisen als spezifisches Merkmal des völkischen Mannes gilt, sind dafür ein widerliches Beispiel, umso widerlicher, wenn sie als christlich sich auszugeben versuchen.“

Dabei ist Friedrich Veit selbst nicht frei von antisemitischen Ressentiments: „Niemand kann übersehen, einen wie mächtigen Zufluss an auflösenden und zerstörenden Kräften, die wie ätzendes Gift wirken, das äußere und innere Leben der Völker gerade von Israel her erhalten hat.“

1930 rief der Kirchenpräsident Max Sauerteig, einen der aktivsten Nationalsozialisten in der Pfarrerschaft, zu parteipolitischer Zurückhaltung auf.

Zu Spannungen zwischen Kirchenleitung und NSDAP kam es im Februar 1931, als der fränkische Gauleiter Julius Streicher im *Stürmer* Friedrich Veit unter dem Aufmacher „Achtung! Wer kann Auskunft geben über die Abstammung des Kirchenpräsidenten D. Veit?“ grob verunglimpfte. Anlass des Angriffs war ein Vortrag, in dem Friedrich Veit sowohl vor der Gefahr des Bolschewismus als auch vor der einer „völkischen Religion“ warnte. Die immer stärker auflebende völkische Bewegung mache ihm ernste Sorgen, weil sie sich aus der Tiefe der eigenen Seele heraus eine Art Religion schaffe, die sich zwar als Christentum bezeichne, aber keines mehr sei. Der Landeskirchenrat reagierte nicht direkt auf die *Stürmer*-Angriffe. In der katholischen Kirche galt der Kirchenpräsident seit dieser Affäre als Warner vor dem Nationalsozialismus. Das Verhältnis der Kirchenleitung zur NSDAP-Führung bezeichnete der Münchner Dekan Friedrich Langenfaß Anfang 1932 als „völlig negativ“. Niemand besäße genügend „Geduld, Beweglichkeit und Grobheit“ für Verhandlungen mit den Nationalsozialisten. Friedrich Veit selbst lehnte es ab, jemals das „Braune Haus“ zu betreten. Die deutschlandweite Parteizentrale der NSDAP befand sich nur wenige Meter von seinem Amtssitz entfernt.

Als im März 1931 im Landeskirchenrat mehrfach Klagen über die Teilnahme von uniformierten NSDAP-Formationen bei Taufen, Trauungen und Bestattungen eingingen, erklärte das Gremium das geschlossene Auftreten parteipolitischer Formationen in Kirchen für „unzulässig“ und forderte alle Dekanate zu Berichten über bisherige Vorfälle solcher Art auf. Friedrich Veit begrüßte Ende 1931 die Mahnungen des Bayreuther Regionalbischofs Karl Prieser an die Pfarrer seines Kirchenkreises, „das Amt reinzuhalten von politischer Parteileidenschaft“, und warnte vor den wahren religionspolitischen Zielen der völkisch-nationalsozialistischen Szene, die so manchen Pfarrer mit ihrem „positiven Christentum“ blendete:

„Wenn man manche Leute hört – erst vor wenigen Tagen hat [Konrad] Höfler mir solche Deklamationen vorgetragen –, dann sieht man nicht recht ein, warum wir nicht unsere Kirchen zuschließen und in Versammlungslokale oder wo sonst hingehen. Man ist vom Taumel der erregten Masse und des aufgepeitschten Enthusiasmus wie besessen und merkt gar nicht, wie rasch die Flut wieder abschwilt und was dahinter zurückbleibt, wenn man nur der Kirche eins ausgewischt hat.“

Als sich Anfang 1932 die Beschwerden gegen die Werbeauftritte von Pfarrern für die NSDAP häuften und andere Landeskirchen bereits einschlägige Verbote erlassen hatten, beschäftigte sich der Landeskirchenrat intensiv mit der Frage einer eigenen Stellungnahme. Am 18. März 1932, wenige Tage nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, wandte sich Veit mit einem vertraulichen Rundschreiben an sämtliche Geistliche. In seiner „seelsorgerlichen Mahnung“ bat er, beim parteipolitischen Engagement die „durch Amt und Stand“ gezogenen Schranken zu beachten. Politische Gegensätze dürften nicht den Weg des Pfarrers zu den Herzen seiner Gemeindeglieder verbauen. Als die nationalsozialistischen Pfarrer diese Mahnung bei den Wahlkämpfen des Jahres 1932 ignorierten und mit ihrer Propaganda fortfuhren, verbot der Landeskirchenrat schließlich am 4. Oktober 1932 mit einer Verordnung öffentliche parteipolitische Stellungnahmen von Pfarrern. Am 2. November 1932 wies der Kirchenpräsident die Dekane an, die Pfarrer in „vertraulicher Weise“ zu veranlassen, „parteipolitische Demonstrationen“ in der Kirche zu

verhindern. Als Dekan Wilhelm Sperl, Gunzenhausen, dennoch am Volkstrauertag einen Sondergottesdienst für die NSDAP hielt, wurde er vom Landeskirchenrat zur Rechenschaft gezogen. Nationalsozialistische Pfarrer, die sich besonders öffentlich exponierten, wurden um Stellungnahme gebeten und gegebenenfalls vermahnt. Weitergehende Disziplinarmaßnahmen ergriff die Kirchenleitung nicht.

Getreu seiner Haltung zum Nationalsozialismus in der Weimarer Republik fiel Friedrich Veits Reaktion auf die „Machtergreifung“ zurückhaltend aus. Der Landeskirchenrat wies das Dekanat Nürnberg an, während der Hissung der Hakenkreuzfahnen an den öffentlichen Gebäuden am 9. März 1933, dem Tag der NS-Machtübernahme in Bayern, nur zu läuten, wenn größerer Schaden anders nicht verhütet werden könne. Der Kirchenpräsident rief noch am 13. März 1933 in einem Rundschreiben an alle Pfarrämter zur politischen Zurückhaltung auf:

„Die in diesem [sc. politischen] Geschehen wirksamen starken vaterländischen Kräfte sind nicht zu verkennen. Das entbindet jedoch die Kirche nicht von der Pflicht, sich darauf zu besinnen, dass sie das Gesetz ihres Handelns nicht aus der Entwicklung des zeitlichen Geschehens [...] zu nehmen hat. [...] Wir erwarten, dass unsere Geistlichen in der gegenwärtigen bewegten Zeit nicht vergessen, dass ihr erster Dienst ihrer Kirche und ihrem Amte zu gelten hat.“

Die Appelle zu parteipolitischer Zurückhaltung richteten sich zweifelsohne an nationalsozialistische Pfarrer, die, von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler beflügelt, alle bestehenden Verbote zu parteipolitischem Engagement und zum propagandistischen Missbrauch von Gottesdiensten ignorierten. Etwa im März 1933 rief der Kirchenpräsident im vertrauten Kreise des Münchner Predigerseminars aus: „Ich kann kein Braunhemd mehr sehen!“ Gleichsam als Provokation musste von den nationalsozialistischen Pfarrern die Entscheidung des Landeskirchenrates aufgenommen werden, den Hofer Dekan Thomas Breit als Oberkirchenrat in die Kirchenleitung zu berufen. Der Dekan hatte 1931 so deutlich wie kaum ein anderer einflussreicher Geistlicher der bayerischen Landeskirche die Identifikation von Christentum und Nationalsozialismus durch die nationalsozialistischen Pfarrer öffentlich zurückgewiesen.

Am 4. April 1933 leitete Friedrich Veit eine Versammlung in München, zu der alle Dekane gebeten waren und an der auch die Mitglieder des Landessynodalausschusses (LSA) und des Landeskirchenrats (LKR) teilnahmen. In seinem Rechenschaftsbericht weist er die Forderung einer NSDAP-Ortsgruppe nach Ausschluss von SPD-Mitgliedern aus dem Kirchenvorstand zurück. Ein solcher Ausschluss sei untragbar für die Kirche. Die SPD hatte als einzige Fraktion – die KPD-Abgeordneten konnten an den Sitzungen schon gar nicht mehr teilnehmen – im Reichstag am 23. März 1933 mutig gegen das *Ermächtigungsgesetz* gestimmt. Die NSDAP steigerte daraufhin ihren Terror gegen exponierte SPD-Mitglieder. Auf den reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien am 1. April 1933 und die gesamte antisemitische Hetze, die auch Christen jüdischer Herkunft traf, konterte der Kirchenpräsident: „Wir werden es in unserer Kirche nicht stillschweigend hinnehmen können, wenn Glieder unserer Kirche, die früher Juden waren und Jahrzehnte lang treue Mitglieder unserer Kirche waren, vor der Öffentlichkeit wegen ihrer Rasseabstammung gebrandmarkt werden.“

Als Reaktion auf das Schweigen des Kirchenpräsidenten zur „Machtergreifung“ in der Öffentlichkeit und seine innerkirchlichen Mahnungen wurde nun mit aller Gewalt seine Ablösung betrieben. Der LSA beriet am 21. März 1933 ohne den Kirchenpräsidenten über die kirchliche Lage im neuen Staat: „Einigkeit wegen der Neuwahl des Kirchenpräsidenten“, notiert Paul von Merkel, der LSA-Vorsitzende. Eine treibende Kraft war dabei der einflussreiche Münchner Dekan Friedrich Langenfaß. Auch Pfarrer Friedrich Klein, der Reichsführer des Nationalsozialistischen Evangelischen Pfarrerbundes, erhob am 6. April 1933 in einer Vorstandssitzung des bayerischen Pfarrervereins die Forderung nach kirchlichen Neuwahlen. In den folgenden Tagen schlossen sich der Pfarrerverein und das gleichgeschaltete bayerische Kultusministerium der Forderung an. Am 10. April schließlich wurde in einer LKR-Sitzung dem überraschten Kirchenpräsidenten die Abdankungsbitte nachdrücklich angetragen. Friedrich Veit schrieb dazu in seinen

Memoiren: „Ich war aufs tiefste betroffen, lehnte eine Antwort zunächst ab [...]. Nach einer Nacht, in der ich nicht viel geschlafen [...] habe, [...] erklärte [ich] in einer kurzen Ansprache, dass ich entschlossen sei, mein Amt niederzulegen [...] Jedes Jahr, wenn der 11. April wiederkehrt, ist er mir ein Tag stiller Trauer“. Eine Enkelin erinnerte sich später an die bitteren Stunden am 11. April 1933: „Es war das einzige Mal, dass die Familie ihn weinen sah“. Friedrich Veit hat es nie verwunden können, dass er auf diese Art und Weise von seinen eigenen Kollegen zum Rücktritt gedrängt wurde, konnte aber im Juni 1933 „ohne Bitterkeit“ in der Nürnberger Lorenzkirche sein Amtskreuz seinem Nachfolger Hans Meiser umlegen, wie er in seinen Memoiren schrieb. Der LSA und der LKR, in dem Oberkirchenrat Hans Meiser am 12. April 1933 kommissarisch die oberhirtliche Funktion übernahm, waren bereits einen Tag nach Friedrich Veits Rücktritt darum bemüht, die bisher unterlassenen Lobeshymnen auf Hitler und sein Regime nachzuholen – an diesem Tag verübten SS-Männer das erste Massaker an politischen Gefangenen jüdischer Herkunft im KZ Dachau unweit von München. Am nächsten Tag, dem 13. April, schrieb der LKR an die bayerischen Geistlichen: „Ein Staat, der wieder anfängt, nach Gottes Geboten zu regieren, darf in seinem Tun nicht nur des Beifalls, sondern auch der freudigen und tätigen Mitarbeit der Kirche sicher sein“.

Als Ruheständler verfolgte Friedrich Veit den neuen Kurs seines Nachfolgers Hans Meiser und der gesamten Kirchenleitung gegenüber dem NS-Regime kritisch. Die Landessynode stellte sich bei ihrer Tagung in Bayreuth Anfang Mai 1933 geschlossen hinter Hans Meiser, verlieh ihm die neue Amtsbezeichnung *Landesbischof* und machte ihn mit einem *Ermächtigungsgesetz* zum Führer der Landeskirche. Friedrich Veit konnte die nationalistische Begeisterung und die volksmissionarischen Illusionen der nun dominierenden Pfarrergeneration nicht teilen: „Ich habe aber mehr als je den Eindruck, dass für unsereinen die Zeit des Schweigens ist; es lebt außerhalb und in der Kirche ein anders denkendes Geschlecht.“ Im Juli 1934 bezeichnete Friedrich Veit einem Freund gegenüber die Gleichschaltung der evangelischen Kirche als Folge der Anbiederungen seit dem Frühjahr 1933: „Mit welchen Gefühlen ich Stück um Stück von dem hinfallen sehe, was nach der ersten Revolution mit Bedacht und viel Mühe gebaut wurde, kannst Du Dir denken. Aber das Ende war vorauszusehen, als man unter der Losung ‚der neuen Regierung darf man keine Schwierigkeiten machen‘ sich erst in kleinen und bald in größeren Dingen der Entschlossenheit zum Widerstand (am Anfang) begab. Als ich [...] meine Bedenken anmeldete, blieb ich allein.“

Geradezu prophetisch erscheinen im Rückblick Friedrich Veits Gedanken vom Januar 1934: „Aber wir leben in einer Zeit der Propaganda und der Uniformen und es ist kein schlechter Witz, dass das neueste Kommando lautet: ‚Antreten zum Meinung-fassen!‘ Da freue ich mich täglich meiner stillen Freiheit am Rande der Stadt [...], der Meisen und Finken an meinem Fenster, die fliegen und zwitschern wie´s ihnen gefällt und jetzt bald anheben werden wiederzusingen nach ihrer Weise. Vielleicht lernen das die Menschen auch wieder einmal, wenn erst alles vollends zerstört ist und ein neues Geschlecht von vorne anfängt.“

Als Friedrich Veit 1944 durch einen Bombenangriff seine Wohnung am Kufsteiner Platz im Münchner Herzogpark an der Isar verlor, wurde er mit seiner kranken Frau im Diakonissenhaus aufgenommen. Nach erneuter Ausbombung übersiedelte er nach Bayrischzell ins dorthin verlegte Altenheim der Münchner Diakonissen. In seinen letzten Lebensjahren, in denen er das Ende der Tyrannei und die neue Freiheit erleben durfte, half der noch immer rüstige Friedrich Veit in der Seelsorge an den vielen Flüchtlingen mit. Am 18. Dezember 1948 starb er nach längerem Leiden im Alter von 87 Jahren.

Kirchenrat Dr. Björn Mensing, Pfarrer und Historiker an der Evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau